Christian Zanner | Peer Feldhahn

VOB/B nach Ansprüchen

# VOB/B nach Ansprüchen

Entscheidungshilfen für Praktiker in Grafiken und Ablaufdiagrammen mit Praxis-Beispielen

3., überarbeitete und aktualisierte Auflage

**PRAXIS** 



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <a href="http://dnb.d-nb.de">http://dnb.d-nb.de</a> abrufbar.

Chrsitian Zanner, Rechtsanwalt in Berlin, Gesellschafter der Kanzlei HFK Rechtsanwälte Heiermann Franke Knipp; Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin für Vergabe und Bauvertragsrecht nach VOB, Tätigkeitsschwerpunkte im privaten Bau- und Immobilienrecht.

Email: ch.zanner@hfk-rechtsanwaelte.de

Dr. Peer Feldhahn, Rechtsanwalt in Hamburg, Kanzlei HFK Rechtsanwälte Heiermann Franke Knipp; Tätigkeitsschwerpunkte im privaten Bau- und Immobilienrecht sowie gewerblichen Mietrecht.

Email: p.feldhahn@hfk-rechtsanwaelte.de

Internet:: www.hfk-rechtsanwaelte.de

Die ersten beiden Auflagen des Buches erschienen im Verlag IBR Immobilien- & Baurecht.

3., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten
© Vieweg+Teubner | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Karina Danulat | Sabine Koch

Vieweg+Teubner ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media. www.viewegteubner.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg Technische Redaktion: Dipl.-Vw. Annette Prenzer Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier. Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-8348-0672-7

#### Vorwort

Die Autoren systematisieren geordnet nach Anspruchsgrundlagen die Voraussetzungen für alle wichtigen Ansprüche des Auftragnehmers und Auftraggebers bei der Abwicklung von Bauvorhaben. Dabei erfolgt die Leserführung durch die zu jedem Anspruch erstellten Ablaufdiagramme.

Die einzelnen grafischen Übersichten helfen dem Leser bei der Navigation durch den Anspruchsgrundlagendschungel.

Die Autoren haben ihre langjährige Erfahrung der projektbegleitenden Rechtsberatung leser-freundlich umgesetzt. Das Buch wendet sich an alle mit der Durchführung von Baumaßnahmen befassten Berufsgruppen aus dem nicht juristischen Bereich sowie Studenten. Daneben stellt es auch für Juristen einen Einstieg in die komplexe Materie des Privaten Baurechts, insbesondere der VOB/B dar.

Die Änderungen im BGB zum Forderungssicherungsgesetz sind berücksichtigt.

Die Autoren freuen sich über kritische Anmerkungen und Hinweise.

Berlin/Hamburg, im Februar 2009

Die Autoren

# Inhaltsverzeichnis

1	Einfi	ührunş	j	1
	1.1	Die d	rei Teile der VOB	1
	1.2	Einbe	ziehung der VOB/B in das Vertragsverhältnis	2
	1.3	VOB/	B als Allgemeine Geschäftsbedingung	2
		1.3.1	Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	2
		1.3.2	VOB/B als Ganzes	2
	1.4	Bauhe	err – Generalunternehmer – Nachunternehmer	3
	1.5	Koop	erationspflichten	3
	1.6	Leistu	ıng und Vergütung gemäß §§ 1 und 2 VOB/B	4
		1.6.1	Leistungsinhalt und vereinbarte Vergütung	4
		1.6.2	Nachträgliche Eingriffe in den Leistungsinhalt durch den Auftraggeber	5
	1.7	Vertra	ngsarten	7
		1.7.1	Übersicht	7
		1.7.2	Einheitspreisvertrag	7
		1.7.3	Pauschalvertrag	8
2	Ansp	rüche	auf Vergütungsanpassung (§ 2 VOB/B)	9
	2.1		olick über die Mehrvergütungsansprüche gemäß § 2 VOB/B	
	2.2		rüche auf Vergütungsanpassung bei Mengenänderungen	
		(§ 2 N	Ir. 3 VOB/B)	10
		2.2.1	Überblick	10
		2.2.2	Mengenänderungen beim Einheitsvertrag.	10
		2.2.3	Mengenänderungen beim Pauschalvertrag	11
		2.2.4	Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 3 VOB/B	12
	2.3		rüche des Auftragnehmers auf Vergütungsanpassung für geänderte	
			ıngen (§ 2 Nr. 5 VOB/B)	
		2.3.1	Überblick	
		2.3.2	Anordnungsrecht des Auftraggebers nach § 1 Nr. 3 VOB/B	
		2.3.3	Vollmacht	14
		2.3.4	Sonderfälle	14
		2.3.5	Anpassung der Vergütung	
		2.3.6		
		2.3.7	Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 5 VOB/B	16

	2.4		rüche des Auftragnehmers auf Vergütung für zusätzliche Leistungen	1.7
			Vr. 6 VOB/B)	
			Überblick	
			Anordnungsrecht des Auftraggebers nach § 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/B	
		2.4.3		
		2.4.4	-6 6 - 6	
			Vollmacht	
			Nachweis	
	2.5		Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 6 VOB/B	
	2.5		rüche des Auftraggebers auf Ausführung geänderter oder zusätzlicher Leisn (§ 1 Nr. 3 oder § 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/B) ohne Nachtragsvereinbarung	
		2.5.1	Fehlende Nachtragsvereinbarung	20
		2.5.2	Verhandlungsbereitschaft des Auftraggebers	20
		2.5.3	Ablaufdiagramm: Ausführungsanspruch ohne Nachtragsvereinbarung	21
	2.6	Anspi	rüche des Auftragnehmers auf Vergütung für zusätzliche Planungsleistung	en
			Vr. 9 VOB/B)	
			Überblick	
			Zusätzliche Planungsleistungen	
			Vollmacht	
			Höhe der Vergütung	
			Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 9 VOB/B	23
	2.7		rüche des Auftragnehmers auf Vergütung für Leistungen ohne Auftrag	24
			Überblick	
			Grundsätzlich keine Vergütung	
		2.7.3		
		274	Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 8 VOB/B	
	2.8		rüche des Auftragnehmers auf Vergütung von Stundenlohnarbeiten	20
	2.0		Vr. 10 VOB/B)	27
			Überblick	
		2.8.2	Ausdrückliche Vereinbarung erforderlich	27
		2.8.3	Vollmacht	27
		2.8.4	Abrechnung von Stundenlohnarbeiten	28
		2.8.5	Ablaufdiagramm: § 2 Nr. 10 VOB/B	29
3	Rech	te und	l Pflichten in der Ausführungsphase	31
	3.1	Einlei	tung	31
	3.2	Recht	e des Auftraggebers	31
		3.2.1	Das Überwachungsrecht (§ 4 Nr. 1 Abs. 2 Satz 1 VOB/B)	31
		3.2.2	Das Anordnungsrecht (§ 4 Nr. 1 Abs. 3 VOB/B)	
		3.2.3	Anspruch auf Beseitigung vertragswidriger Stoffe (§ 4 Nr. 6 VOB/B)	32

		3.2.4	Anspruch auf Beseitigung vertragswidriger Leistungen (§ 4 Nr. 7 VOB/B)	32
		3.2.5		
	3.3	Daaht	e des Auftragnehmers	
	3.3		Anspruch auf Herbeiführung der erforderlichen Genehmigungen	34
		3.3.1	(§ 4 Nr. 1 VOB/B)	34
		3.3.2	Anspruch auf rechtzeitige Übergabe der Ausführungsunterlagen (§ 3 Nr. 1 VOB/B)	
	3.4	Zusta	ndsfeststellung von Leistungsteilen (§ 4 Nr. 10 VOB/B)	
4	Ansp	rüche	aus Behinderung und Unterbrechung (§ 6VOB/B)	37
	4.1		tung	
	4.2		olick	
	4.3		nbarung von Vertragsfristen gemäß § 5 VOB/B	
		4.3.1		0
			Zwischenfristen)	38
		4.3.2	Terminpläne	
	4.4	Verzu	ıg	39
		4.4.1	Grundsatz	39
		4.4.2	Verzug ohne Mahnung bei Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit nach dem Kalender (§ 286 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BGB)	40
		4.4.3	Fristverlängerung bei Behinderungen	40
	4.5	Anspi	rüche des Auftragnehmers auf Bauzeitverlängerung (§ 6 Nr. 4 VOB/B)	41
		4.5.1	Überblick	41
		4.5.2	Behinderungsanzeige, § 6 Nr. 1 Satz 1 VOB/B	42
		4.5.3	Die einzelnen Behinderungstatbestände, § 6 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B	43
		4.5.4	Witterungsverhältnisse, § 6 Nr. 2 Abs. 2 VOB/B	44
			Handlungspflichten des Auftragnehmers, § 6 Nr. 3 VOB/B	
		4.5.6	Berechnung der Fristverlängerung, § 6 Nr. 4 VOB/B	45
			Ablaufdiagramm: Bauzeitverlängerung, § 6 Nr. 4 VOB/B	46
	4.6		rüche des Auftraggebers und des Auftragnehmers auf Schadensersatz Jr. 6 Satz 1 VOB/B)	46
		4.6.1	Überblick	47
		4.6.2	Hindernde Umstände und Behinderungsanzeige	47
		4.6.3	Ursächlichkeit	47
		4.6.4	Verschulden	48
		4.6.5	Höhe des Schadenersatzanspruchs	48
		4.6.6	Nachweis	49
		4.6.7	Ablaufdiagramm: Schadensersatzanspruch, § 6 Nr. 6 VOB/B	50
	4.7		rüche des Auftragnehmers auf Entschädigung	
			Nr. 6 Satz 2 VOB/B, 642 BGB)	
		4.7.1	Überblick	51

		4.7.2	Mitwirkungshandlung des Auftraggebers	51
		4.7.3	Behinderungsanzeige	52
			Annahmeverzug	
		4.7.5	Höhe der Entschädigung	52
		4.7.6	Ablaufdiagramm: Entschädigung, §§ 6 Nr. 6 S. 2 VOB/B, 642 BGB	53
	4.8	Anspr	üche des Auftragnehmers auf vorläufige Abrechnung während einer	
		Unterl	orechung (§ 6 Nr. 5 VOB/B)	53
		4.8.1	Überblick	54
		4.8.2	Begriff der Unterbrechung	54
		4.8.3	Vorläufige Abrechnung	54
		4.8.4	Ablaufdiagramm: Vorläufige Abrechnung, § 6 Nr. 5 VOB/B	55
	4.9		ordentliche Kündigung bei mehr als 3-monatiger Unterbrechung r. 7 VOB/B)	55
5	Ansj	prüche	des Auftraggebers auf Vertragsstrafe (§ 11 VOB/B)	57
	5.1	Einlei	tung	57
	5.2	Ankni	ipfungspunkte für Vertragsstrafen	57
	5.4	Vertra	gsstrafe bei Verzug	58
		5.4.1	Überblick	59
			Vertragliche Vereinbarung erforderlich	
		5.4.3	Vorbehalt bei Abnahme	60
		5.4.4	Verhältnis zum Schadensersatz wegen Verzugs	60
		5.4.5	Höhe der Vertragsstrafe	60
		5.4.6	Berechnung der Vertragsstrafe	62
		5.4.7	Ablaufdiagramm: Vertragsstrafe bei Verzug	63
6	Kün	0 0	durch den Auftraggeber	
	6.1	Einlei	tung	65
	6.2	Überb	lick	66
	6.3		Kündigung (§ 8 Nr. 1 Abs. 1 VOB/B)	
		6.3.1	Überblick	67
		6.3.2	Schriftform	67
		6.3.3	Teilkündigung	67
			Vergütungsanspruch des Auftragnehmers	68
	6.4		ordentliches Kündigungsrecht bei Mängeln vor Abnahme Nr. 3, 4 Nr. 7 VOB/B)	68
	6.5		ordentliches Kündigungsrecht bei vertragswidrigem Nachunternehmerz (§§ 8 Nr. 3, 4 Nr. 8VOB/B)	69
		6.5.1	Überblick	69
		6.5.2	Leistungserbringung im eigenen Betrieb.	69
		6.5.3	Fristsetzung mit Kündigungsandrohung	70
		6.5.4	Schriftform der Kündigung	70
		6.5.5	Abrechnung von Vergütung und Schadensersatz	70

		6.5.6	Ablaufdiagramm: Kündigung bei Nachunternehmereinsatz, §§ 8 Nr. 3, 4 Nr. 8 VOB/B	72
		6.5.7		
	6.6	Außer	ordentliches Kündigungsrecht bei Verzug des Auftragnehmers	13
	0.0	(§§ 8	Nr. 3, 5 Nr. 4 VOB/B)	74
			Überblick	
		6.6.2	Verstoß gegen Abhilfepflichten	74
		6.6.3	Verzögerter Ausführungsbeginn	75
		6.6.4	Verzug mit der Vollendung	75
			Fristsetzung mit Kündigungsandrohung	
		6.6.6	Schriftliche Kündigung und Abrechnung	76
		6.6.7	Ablaufdiagramm: Kündigung bei Verzug, §§ 5 Nr. 4, 8 Nr. 3 VOB/B	77
	6.7	Außer	rordentliches Kündigungsrecht wegen wettbewerbswidriger Absprachen	
		(§ 8 N	Ir. 4 VOB/B)	77
	6.8		ordentliches Kündigungsrecht bei Insolvenz des Auftragnehmers  Ir. 2 VOB/B)	70
	6.9	(0	rordentliches Kündigungsrecht bei mehr als 3-monatiger Unterbrechung	/ 0
	0.9		3 § 6 Nr. 7 VOB/B	78
		_	Überblick	
			Unterbrechung länger als 3 Monate	
			Abrechnung und Schadensersatz	
7	Künd	ligung	durch den Auftragnehmer	81
	7.1	0 0	olick	
	7.2		igung bei Annahmeverzug des Auftraggebers wegen unterlassener	01
	7.2		rkungshandlung (§ 9 Nr. 1 a VOB/B)	82
			Überblick	
			Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	
			Fristsetzung mit Kündigungsandrohung/Schriftform	
			Vergütung und Entschädigung	
		7.2.5	Ablaufdiagramm: Kündigung bei unterlassener Mitwirkungshandlung, § 9 Nr. 1 a VOB/B	84
	7.3	Kiindi	igung bei Zahlungsverzug des Auftraggebers (§ 9 Nr. 1 b VOB/B)	
	7.5		Überblick	
		7.3.2	Zahlungsverzug	
		7.3.3	Fristsetzung mit Kündigungsandrohung/Schriftform	
		7.3.4	Vergütung und Entschädigung	
		7.3.5	Ablaufdiagramm: Kündigung bei Verzug, § 9 Nr. 1 b VOB/B	
	7.4		ordentliches Kündigungsrecht bei mehr als 3-monatiger Unterbrechung	0 /
	,		Ir. 7 VOB/B)	88

8	Abna	ahme der Leistung (§ 12 VOB/B)	89
	8.1	Einleitung	89
	8.2	Ansprüche des Auftragnehmers auf Abnahme derLeistung	0.0
		(§ 12 Nr. 1 VOB/B)	
		8.2.1 Überblick	
		8.2.2 Begriff der Abnahme	
		8.2.3 Abnahmepflicht des Auftraggebers	
		8.2.4 Abnahmeverlangen	
		8.2.5 Fertigstellung der Leistung	
		8.2.6 Abnahmefrist	
		8.2.7 Berechtigte Abnahmeverweigerung	91
		8.2.8 Unberechtigte Abnahmeverweigerung: Eintritt der Abnahmewirkungen	92
		8.2.9 Stillschweigende Abnahme	
		8.2.10 Abnahmewirkungen	
		8.2.11 Ablaufdiagramm: Anspruch auf Abnahme	
	8.3	Die einzelnen Abnahmearten	96
		8.3.1 Überblick	96
		8.3.2 Der Anspruch auf Teilabnahme (§ 12 Nr. 2 VOB/B)	96
		8.3.3 Der Anspruch auf förmliche Abnahme (§ 12 Nr. 4 VOB/B)	
		8.3.4 Fiktive Abnahme (§ 12 Nr. 5 VOB/B)	104
		8.3.5 Abnahmefiktion des § 640 Abs. 1 Satz 3 BGB	111
		8.3.6 Fertigstellungsbescheinigung (§ 641 a BGB a. F.)	113
9	Der .	Anspruch des Auftraggebers auf prüfbare Abrechnung (§ 14 VOB/B)	)115
	9.1	Einleitung	115
	9.2	Überblick	115
	9.3	Reihenfolge der Posten	116
	9.4	Beizufügende Unterlagen	116
	9.5	Kenntlichmachung von Leistungsänderungen.	117
	9.6	Notwendige Feststellungen	117
	9.7	Frist zur Rechnungslegung	117
	9.8	Ablaufdiagramm: Prüfbare Abrechnung, § 14 VOB/B	118
10	Zahl	ungsansprüche des Auftragnehmers aus Leistungsabrechnung und	
	Ansp	orüche aus Verzug	119
	10.1	Einleitung	119
	10.2	Überblick	119
	10.3	Ansprüche auf Abschlagszahlungen (§ 16 Nr. 1 VOB/B)	120
		10.3.1 Überblick	120
		10.3.2 Vertragsgemäße Leistungen	120
		10.3.3 Prüfbare Abrechnung	121

	10.3.4 Höhe und Zeitabstände der Rechnung	121
	10.3.5 Fälligkeit innerhalb von 18 Werktagen	121
	10.3.6 Kein Einfluss auf die Haftung des Auftragnehmers	122
	10.3.7 Ablaufdiagramm: Abschlagszahlungen, § 16 Nr. 1 VOB/B	123
10.4	Ansprüche auf Vorauszahlungen (§ 16 Nr. 2 VOB/B)	124
	10.4.1 Überblick	124
	10.4.2 Vertragliche Vereinbarung erforderlich	124
	10.4.3 Fälligkeit	125
	10.4.4 Sicherheit/Verzinsung bei Vereinbarung nach Vertragsschluss	125
	10.4.5 Anrechnung auf nächstfällige Zahlungen	125
	10.4.6 Ablaufdiagramm: Vorauszahlungen, § 16 Nr. 2 VOB/B	126
10.5	Der Anspruch auf Schlusszahlung (§ 16 Nr. 3 VOB/B)	127
	10.5.1 Überblick	127
	10.5.2 Abnahme	127
	10.5.3 Prüffähige Schlussrechnung	128
	10.5.4 Fälligkeit nach Prüfung/Ablauf der 2-Monatsfrist	129
	10.5.5 Einwendungsausschluss nach 2 Monaten	129
	10.5.6 Skontoabzüge	130
	10.5.7 Verjährung	130
	10.5.8 Vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung/Ausschlusswirkung	130
	10.5.9 Ablaufdiagramm: Schlusszahlung, § 16 Nr. 3 VOB/B	132
10.6	Ansprüche auf Teilschlusszahlung (§ 16 Nr. 4 VOB/B)	133
	10.6.1 Überblick	133
	10.6.2 Zahlungsverlangen	133
	10.6.3 In sich abgeschlossene Teile der Leistung	134
	10.6.4 Teilabnahme	134
	10.6.5 Prüffähige Schlussrechnung	134
	10.6.6 Fälligkeit/Einwendungsausschluss	134
	10.6.7 Ablaufdiagramm: Teilschlusszahlung, § 16 Nr. 4 VOB/B	135
10.7	Ansprüche aus Verzug mit Abschlagszahlungen (§ 16 Nr. 5 VOB/B)	136
	10.7.1 Überblick	136
	10.7.2 Fälligkeit nach 18 Werktagen	136
	10.7.3 Angemessene Nachfrist	137
	10.7.4 Einstellung der Arbeiten/Zinsanspruch	137
	10.7.5 Verzugsende nach Erteilung der Schlussrechnung	137
	10.7.6 Ablaufdiagramm: Verzug mit Abschlagszahlungen,	
	§ 16 Nr. 5 VOB/B	
10.8	Ansprüche aus Verzug mit der Schlusszahlung (§ 16 Nr. 5 VOB/B)	
	10.8.1 Überblick	139
	10.8.2 Fälligkeit nach 2 Monaten	
	10.8.3 Angemessene Nachfrist	139

	10.8.4 Einstellung der Arbeiten/Zinsanspruch	140
	10.8.5 Ablaufdiagramm: Verzug mit der Schlusszahlung,	
	§ 16 Nr. 5 VOB/B	141
11 Sich	erheiten	143
11.1	Ansprüche des Auftraggebers auf Einräumung von Sicherheiten	143
	11.1.1 Überblick	
	11.1.2 Vertragliche Vereinbarung erforderlich	
	11.1.3 Arten der Sicherheiten	
	11.1.4 Wahl- und Austauschrecht (§ 17 Nr. 3 VOB/B)	
	11.1.5 Ablaufdiagramm: Sicherheiten des Auftraggebers, § 17 VOB/B	
11.2	Ansprüche des Auftragnehmers auf Einräumung von Sicherheiten	
	11.2.1 Überblick	
	11.2.2 Vertragserfüllungsbürgschaft	
	11.2.3 Bauhandwerkersicherungshypothek nach § 648 BGB	
	11.2.4 Bauhandwerkersicherung nach § 648 a BGB	
12 Män	gelrechte des Auftraggebers nach Abnahme	157
12.1	Einleitung	
12.1	Der Anspruch auf Mangelbeseitigung (§ 13 Nr. 5 Abs. 1 VOB/B)	
12.2	12.2.1 Überblick	
	12.2.1 Mangel der Leistung (§ 13 Nr. 1 VOB/B)	
	12.2.2 Beweislast.	
	12.2.3 Schriftliche Mängelrüge	
	12.2.4 Haftungsausschluss bei Bedenkenanzeige	
	12.2.5 Haftungsausschluss bei fehlendem Abnahmevorbehalt	
	12.2.6 Verjährung.	
	12.2.7 Ablaufdiagramme: Mangelbeseitigung, § 13 Nr. 5 Abs. 1 VOB/B	
12.3	Der Anspruch auf Erstattung der Ersatzvornahmekosten	
12.0	(§ 13 Nr. 5 Abs. 2 VOB/B)	166
	12.3.1 Überblick	
	12.3.2 Mangel/kein Haftungsausschluss/Verjährung	166
	12.3.3 Mängelrüge/erfolglose Fristsetzung	
	12.3.4 Entbehrlichkeit der Fristsetzung	167
	12.3.5 Kostenvorschuss	
	12.3.6 Ablaufdiagramm: Kosten der Ersatzvornahme,	4.60
	§ 13 Nr. 5 Abs. 2 VOB/B	
12.4	Der Anspruch auf Minderung, § 13 Nr. 6 VOB/B	
	12.4.1 Überblick	
	12.4.2 Mangel/kein Haftungsausschluss/Verjährung	
	12.4.3 Erfolglose Fristsetzung	
	12.4.4 Unzumutbarkeit der Mangelbeseitigung	
	12.4.5 Unmöglichkeit	170

	12.4.6 Unverhältnismäßig hoher Aufwand	170
	12.4.7 Durchführung/Höhe der Minderung	171
	12.4.8 Ablaufdiagramm: Minderung, § 13 Nr. 6 VOB/B	172
12.5	Schadensersatzanspruch wegen Verletzung von Leben, Körper oder	
	Gesundheit (§ 13 Nr. 7 Abs. 1 VOB/B)	
	12.5.1 Überblick	
	12.5.2 Anspruch neben den anderen Mängelrechten	
	12.5.3 Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit durch Mangel	
	12.5.4 Verschulden	
	12.5.5 Verjährung	174
	12.5.6 Ersatz aller Schäden	174
	12.5.7 Ablaufdiagramm: Verletzung Leben, Körper, Gesundheit § 13 Nr. 7 Abs. 1 VOB/B	175
12.6	Schadensersatzanspruch bei vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Mängeln (§ 13 Nr. 7 Abs. 2 VOB/B)	176
	12.6.1 Überblick	
	12.6.2 Anspruch neben den anderen Mängelrechten	
	12.6.3 Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit	
	12.6.4 Fristsetzung	
	12.6.5 Verjährung	
	12.6.6 Ersatz aller Schäden	
	12.6.7 Ablaufdiagramm: Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit § 13 Nr. 7 Abs. 2 VOB/B	178
12.7	Kleiner Schadensersatzanspruch wegen Baumängeln (§ 13 Nr. 7 Abs. 3 Satz 1 VOB/B)	179
	12.7.1 Überblick	
	12.7.2 Anspruch neben den anderen Mängelrechten	
	12.7.3 Wesentlicher Mangel	
	12.7.4 Verschulden	
	12.7.5 Fristsetzung	
	12.7.6 Verjährung	
	12.7.7 Kleiner Schadensersatz	
	12.7.8 Ablaufdiagramm: kleiner Schadensersatz	
	§ 13 Nr. 7 Abs. 3 Satz 1 VOB/B	181
12.8	Großer Schadensersatzanspruch wegen Baumängeln	
	(§ 13 Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 VOB/B)	182
	12.8.1 Überblick	182
	12.8.2 Anspruch neben den anderen Mängelrechten	182
	12.8.3 wesentlicher Mangel/Verschulden	182
	12.8.4 zusätzliche Voraussetzungen gemäß 13 Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 VOB/B	183
	12.8.5 Fristsetzung	183
	12.8.6 Verjährung	183

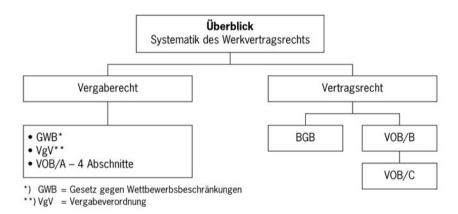
	12.8.7 Großer Schadensersatz	183
	12.8.8 Ablaufdiagramm: großer Schadensersatz	
	§ 13 Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 VOB/B	185
13 Män	gelrechte vor Abnahme	187
13.1	Ansprüche auf Mangelbeseitigung und Kostenerstattung,	
	§§ 4 Nr. 7, 8 Nr. 3 VOB/B	187
	13.1.1 Überblick	188
	13.1.2 Mangel	188
	13.1.3 Fristsetzung mit Kündigungsandrohung	188
	13.1.4 Entbehrlichkeit der Fristsetzung	189
	13.1.5 Kündigung gemäß § 8 Nr. 3 VOB/B	189
	13.1.6 Kostenerstattung der Ersatzvornahme/Schadensersatz	189
	13.1.7 Ablaufdiagramm: Mängelbeseitigung und Kostenerstattung, §§ 4 Nr. 7, 8 Nr. 3 VOB/B	190
13.2	Schadensersatzanspruch, § 4 Nr. 7 Satz 2 VOB/B	190
	13.2.1 Überblick	191
	13.2.2 verschuldeter Mangel	191
	13.2.3 Ersatz aller Schäden	191
	13.2.4 Ablaufdiagramm: Schadensersatz, § 4 Nr. 7 Satz 2 VOB/B	192
14 Stre	itigkeiten	193
14.1	Einleitung	193
14.2	Gerichtsstand bei Rechtsstreit vor Zivilgericht	
	14.2.1 Überblick	194
	14.2.2 Inhaltliche und persönliche Voraussetzungen	194
14.3	Der Anspruch auf Durchführung eines Schlichtungsverfahrens mit Behörden .	
	14.3.1 Überblick	195
	14.3.2 Vertrag mit Behörde	195
	14.3.3 Entscheidung durch vorgesetzte Stelle	196
14.4	Der Anspruch auf Einschaltung einer Materialprüfstelle	196
	14.4.1 Überblick	196
	14.4.2 Streit über Stoffe und Bauteile/bei der Prüfung verwendete Maschinen	196
	14.4.3 Benachrichtigungspflicht/Entscheidung der Materialprüfstelle	197
14.5	Keine Leistungsverweigerung im Streitfall	197
14.6	Schiedsgutachter/Schiedsgericht	197
	14.6.1 Überblick	198
	14.6.2 Schiedsgutachterverfahren	198
	14.6.3 Schiedsgericht	198
14.7	Selbständiges Beweisverfahren	199
	14.7.1 Überblick	199
	14.7.2 Verfahrensahlauf	199

Inhaltsverzeichnis

15 Anha	15 Anhang		
15.1	VOB/B	201	
15.2	BGB (Auszug)	215	
Literatı	urverzeichnis	243	
Sachwo	ortverzeichnis	245	

# 1 Einführung

Die VOB/B hat in der Baupraxis überragende rechtliche Bedeutung. Das gesetzliche Werkvertragsrecht (§§ 631 ff. BGB) enthält keine für den Bauvertrag und –ablauf ausreichenden Regelungen; dagegen beinhaltet die VOB/B eigens auf das Baugeschehen zugeschnittene Rechte, Pflichten und Ansprüche. Bei Einbeziehung der VOB/B in das Vertragsverhältnis gehen die dortigen Bestimmungen in der Regel den gesetzlichen Vorschriften des BGB vor.



# 1.1 Die drei Teile der VOB

Die "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", die vom Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA), einem u. a. aus Auftraggeber- und Auftragnehmervertretern bestehenden Gremium, erarbeitet und im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, gliedert sich in drei Teile:

- VOB/A: Der A-Teil enthält die Pflichten des öffentlichen Auftraggebers bei der Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen, also den vergaberechtlichen Teil.
- VOB/B: Der B-Teil enthält Regelungen, die nach Vertragsschluss und während der Vertragsdurchführung (Ausführung der Bauleistungen einschließlich Gewährleistung und Zahlung) zu beachten sind, also den vertragsrechtlichen Teil.
- VOB/C: Der C-Teil enthält technische Bedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (siehe Ziffer 1.6.1), also den bautechnischen Teil.

# 1.2 Einbeziehung der VOB/B in das Vertragsverhältnis

Obwohl die VOB/B in der Bauwirtschaft weit verbreitet ist, gilt sie nicht ohne weiteres. Sie muss vielmehr von den Parteien in das Vertragsverhältnis einbezogen worden sein. Öffentliche Auftraggeber sind hierzu nach § 10 Abs. 2 VOB/A verpflichtet. Bei einem Bauvertrag zwischen zwei gewerblich tätigen Unternehmen genügt die bloße sprachliche Einbeziehung. Wird also im Angebot, im Auftragsschreiben oder im Vertrag darauf hingewiesen, dass auch die VOB/B Vertragsgrundlage sein soll, und ist die andere Seite damit einverstanden, so wird sie allein dadurch zur Vertragsgrundlage. <sup>1</sup> Erfolgt der Vertragsschluss jedoch mit einer im Bauwesen unkundigen Privatperson, so genügt der sprachliche Hinweis auf die VOB/B als Vertragsgrundlage nicht, sondern dem Vertrag oder dem Angebot, auf den der Auftrag erfolgt, muss der vollständige Text der VOB/B beigefügt sein.<sup>2</sup>

# 1.3 VOB/B als Allgemeine Geschäftsbedingung

#### 1.3.1 Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Allgemeine Geschäftsbedingungen unterliegen einer besonderen Zulässigkeitskontrolle durch die §§ 305–310 BGB (früher: AGB-Gesetz). Sie können daher unwirksam sein, obwohl sie ausdrücklich in den Vertrag einbezogen worden sind. Mit der besonderen AGB-Kontrolle versucht der Gesetzgeber häufig auftretende Missbräuche zu verhindern, bei denen ein Vertragspartner dem anderen die wirtschaftlichen und vertraglichen Bedingungen "diktiert" und sich so unausgewogene und einseitige Vorteile verschafft.

Den Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthält § 305 BGB:

Allgemeine Geschäftsbedingungen sind alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrages stellt (§ 305 Abs. 1 Satz 1 BGB).

Auch die Bestimmungen der VOB/B sind in diesem Sinne als allgemeine Geschäftsbedingungen zu verstehen, da sie für eine Vielzahl von Bauverträgen vorformuliert sind.

#### 1.3.2 VOB/B als Ganzes

Obwohl die VOB/B allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne des § 305 BGB enthält, genießt sie eine gewisse Privilegierung, weil jedenfalls keine Wirksamkeitskontrolle nach den §§ 307 Abs. 1 und 2 BGB stattfindet, wenn die VOB/B gegenüber einem Unternehmer oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts verwendet wird und die Einbeziehung der VOB/B als Ganzes, d. h. ohne inhaltliche Abweichungen im Bauvertrag erfolgt (§ 310 Abs. 1 BGB n. F.). Dies ist dadurch begründet, dass die Regelungen der VOB/B in der Gesamtheit ein ausgewogenes Regelwerk zwischen den Interessen des Auftraggebers und denen des Auftragnehmers darstellen. Allerdings hat die Privilegierung der VOB/B heute viel von ihrer früheren

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> BGH BauR 1989, 87

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> BGH BauR 1999, 1186 = IBR 1999, 405 (Marian)

Bedeutung verloren, da sie nach § 310 Abs. 1 BGB und der aktuellen Rechtsprechung schon bei jeder geringfügigen Änderung der VOB/B durch die Vertragsparteien entfällt.<sup>3</sup> Früher war dies lediglich dann der Fall, wenn die VOB/B in ihrem Kernbereich verändert wurde.

Wird die VOB/B in Bauverträge mit Verbrauchern einbezogen, gibt es keine Privilegierung, so dass die einzelnen Bestimmungen stets einer uneingeschränkten AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle unterliegen.<sup>4</sup>

#### 1.4 Bauherr – Generalunternehmer – Nachunternehmer

Die VOB/B enthält Regelungen zum Verhältnis zwischen dem Auftraggeber, also demjenigen, der Bauleistungen für sich erbringen lässt und hierfür eine Vergütung zahlt, und dem Auftragnehmer, also dem ausführenden Bauunternehmen.

In der Baupraxis sind solche zweipoligen Rechtsbeziehungen jedoch nur noch selten anzutreffen, dass also ein Bauherr mit lediglich einem Bauunternehmen einen Vertrag schließt und dieses Bauunternehmen sämtliche Bauleistungen im eigenen Betrieb ausführt. Die Regel ist vielmehr, dass der Bauherr mit der Errichtung des vollständigen Bauwerks einen Generalunternehmer beauftragt und dieser wiederum für Teile der übernommenen Bauleistungen seinerseits Nachunternehmer (Subunternehmer) einschaltet. Die Nachunternehmer ihrerseits führen zumeist auch nicht sämtliche Leistungen im eigenen Betrieb aus, sondern beauftragen weitere Nachunternehmer (Sub-Sub-Verhältnisse).

Rechtlich gesehen ist jede Vertragsbeziehung gesondert zu betrachten, d. h. es gibt keine unmittelbaren rechtlichen Beziehungen etwa zwischen dem Bauherrn und den Nachunternehmern des Generalunternehmers. Umgekehrt haben Generalunternehmer und Nachunternehmer, soweit sie ihrerseits weitere Nachunternehmer einsetzen, die Regelungen der VOB/B in beide Richtungen zu beachten, da sie sowohl Auftraggeber als auch Auftragnehmer in einer Person sind, wenn auch in unterschiedlichen Vertragsbeziehungen.

# 1.5 Kooperationspflichten

Da die VOB/B nach ihrem Grundprinzip einen interessengerechten Ausgleich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer schaffen soll, verpflichten sich die Parteien mit der Einbeziehung der VOB/B in ihren Vertrag zu einer besonderen Kooperation.<sup>5</sup> Dies bedeutet, dass sie bei Entstehen von Meinungsverschiedenheiten zunächst eine einvernehmliche Lösung im Verhandlungswege suchen müssen (siehe Abschnitt 7.1).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BGH BauR 2004, 668 = IBR 2004, 179 (Ulbrich); BauR 2007, 1404 = NJW-RR 2007, 1317

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> BGH IBR 2008, 557 (Preussner)

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> BGH BauR 2000, 409 = IBR 2000, 110 (Quack)

# 1.6 Leistung und Vergütung gemäß §§ 1 und 2 VOB/B

In den §§ 1 und 2 VOB/B werden die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und die hierfür vom Auftraggeber zu zahlende Gegenleistung, also die Vergütung bzw. der Werklohn ermittelt.

Mit dem Leistungsinhalt, der auch Bau-Soll genannt wird, werden die Leistungen definiert, die der Auftragnehmer zu erbringen hat, um einen Anspruch auf Vergütung zu erlangen. Damit ist zugleich auch die rechtliche Ausgangsposition beschrieben: Der Auftragnehmer muss zunächst Leistungen (Bau-, Planungs- und Lieferleistungen) erbringen, bevor er die Zahlung der Vergütung hierfür verlangen kann. Er trägt also ein Vorleistungsrisiko.

Im Gegensatz zu den gesetzlichen Regelungen wird in der VOB/B detailliert bestimmt, wie nachträgliche Änderungen und zusätzliche Leistungen, die sich im Rahmen fast jedes Bauvorhabens ergeben, zu behandeln sind.

#### 1.6.1 Leistungsinhalt und vereinbarte Vergütung

Die auszuführende Leistung wird nach Art und Umfang durch den Vertrag bestimmt (§ 1 Nr. 1 Satz 1 VOB/B). Der vom Auftragnehmer zu erbringende Leistungsinhalt, das Bau-Soll, ergibt sich also aus allen vertraglichen Vereinbarungen.

Diese folgen allerdings nicht nur aus dem bloßen Vertragstext, sondern aus der Gesamtheit aller zur Vertragsgrundlage gemachten Vertragsbestandteile. Hierzu zählen beim VOB-Vertrag stets auch die *Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen* (§ 1 Nr. 1 Satz 2 VOB/B) – also die VOB/C, die aus den DIN 18299 bis 18451 besteht. Diese in der VOB/C zusammengefassten DIN-Normen gleichen sich in ihrem Aufbau: Für die Vertragsauslegung und die Bestimmung des Leistungsinhalts ist immer die jeweilige Ziffer 4 heranzuziehen. Sie unterscheidet zwischen Nebenleistungen, die ohne besondere Vergütung zu erbringen sind, und Besonderen Leistungen, für die der Auftragnehmer eine zusätzliche Vergütung verlangen kann. Außer den ausdrücklich beschriebenen Leistungen hat der Auftragnehmer beim VOB-Vertrag also auch die in der jeweiligen Ziffer 4 der entsprechenden DIN für sein Gewerk und der in der grundsätzlich zu berücksichtigenden DIN 18299 beschriebenen Nebenleistungen zu den vereinbarten Vertragspreisen zu erbringen.

#### Beispiel:

Schuldet der Auftragnehmer Metallbauarbeiten, so ist die DIN 18360 einschlägig. Nach deren Ziffer 4.1.4 hat der Auftragnehmer auch sämtliche Verbindungselemente für seine Metallbauleistungen zu liefern. Fehlt im Leistungsverzeichnis eine gesonderte Position für das Einrichten, Räumen und Vorhalten der Baustelleneinrichtung, so hat er diese als Nebenleistung gemäß den Ziffern 4.1.1 und 4.1.2 der DIN 18299 ohne besondere Vergütung zu erbringen.

Häufig stehen die einzelnen Vertragsbestandteile im Widerspruch zueinander. Hierfür sieht § 1 Nr. 2 VOB/B eine bestimmte Rangfolge vor, wonach die Leistungsbeschreibung immer vor allen weiteren Vertragsbestandteilen gelten soll. Nicht geregelt sind allerdings Widersprüche innerhalb einer Rangordnung, also z. B. innerhalb der Leistungsbeschreibung. Hier gilt der

Grundsatz, dass das Spezielle vor dem Allgemeinen gilt.<sup>6</sup> Dies lässt sich allerdings nicht generell für alle Verträge im Vorhinein bestimmen, so dass im Einzelfall auch die Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis in der Rangfolge dem Text der einzelnen Leistungspositionen vorgehen können.<sup>7</sup> Bei Widersprüchen zwischen der textlichen Leistungsbeschreibung und beigefügten Plänen und Zeichnungen ist umstritten, ob grundsätzlich der Text vor den Plänen gelten soll<sup>8</sup> oder aber die Pläne vor dem Leistungsverzeichnis oder sonstigen Textangaben.<sup>9</sup> Nach unserer Auffassung ist bei der Rangfolge nach dem Vertragstyp zu unterscheiden, so dass beim Einheitspreis- und Detailpauschalvertrag in der Regel die textliche Beschreibung vorgeht.<sup>10</sup>

Leichter als die Auslegung des Vertragsinhalts fällt zumeist die Frage, in welcher Höhe der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung nach Erbringung seiner Leistung hat. Dies regeln die Parteien zumeist eindeutig. In Entsprechung des § 1 Nr. 1 und 2 VOB/B bestimmt § 2 Nr. 1 VOB/B: Durch die vereinbarten Preise werden alle Leistungen abgegolten, die nach der Leistungsbeschreibung, den Besonderen Vertragsbedingungen, den zusätzlichen Vertragsbedingungen ... zur vertraglichen Leistung gehören. Hierdurch wird der Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung deutlich: Der Auftragnehmer erhält nur eine Vergütung für die Leistung, die auch vereinbart ist, und muss umgekehrt nicht das "umsonst" leisten, was nicht vereinbart wurde.

# 1.6.2 Nachträgliche Eingriffe in den Leistungsinhalt durch den Auftraggeber

Es ist in der Praxis die Regel, dass nicht sämtliche Leistungen so ausgeführt werden, wie dies bei Vertragsschluss vorgesehen war, sondern entweder in geänderter Form oder ergänzt um weitere Leistungen. Auch hier finden sich Regelungen in §§ 1 und 2 VOB/B:

#### 1.6.2.1 Geänderte Leistungen, § 1 Nr. 3 VOB/B

Nach § 1 Nr. 3 VOB/B hat der Auftraggeber das Recht, den Bauentwurf nachträglich zu verändern. Streitig ist, ob von dem Anordnungsrecht auch die Bauumstände und insbesondere die Bauzeit, mithin die Fristen, in denen die Bauleistung zu erbringen, umfasst sind (siehe Abschnitt 2.3.2). Der Auftragnehmer ist dem Anordnungsrecht unterworfen und rechtlich verpflichtet, diesem zu folgen. Durch die Änderung der Leistung verändert sich aber auch die Gegenleistung: Der Auftragnehmer kann unter Berücksichtigung der Mehr- oder Minderkosten einen neuen Preis verlangen (§ 2 Nr. 5 VOB/B).

Von den leistungsändernden Anordnungen sind jedoch bloße leistungskonkretisierende Weisungen des Auftraggebers zu unterscheiden, wenn die dem Vertrag zu Grunde liegende Leistungsbeschreibung erkennbar unklar oder erkennbar widersprüchlich ist: In diesem Fall wird durch die Weisung nicht nachträglich ändernd in den Vertragsinhalt eingegriffen, sondern der

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Ouack ZfBR 2008, 219

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> BGH BauR 1999, 897 = IBR 1999, 300 (Dähne)

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Lammel, BauR 1979, 109

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Heiermann/Riedl/Rusam, B § 1 Rdnr. 96

Franke/Kemper/Zanner/Grünhagen, B § 1 Rdnr. 55

Vertragsinhalt weist von vornherein eine Lücke auf, die durch die Anordnung des Auftraggebers konkretisiert wird, so dass die ursprünglich vereinbarte Vergütung unverändert bleibt.<sup>11</sup>

#### 1.6.2.2 Zusätzliche Leistungen, § 1 Nr. 4 VOB/B

Bei zusätzlichen Leistungen ist zu unterscheiden:

• Nicht vereinbarte Leistungen, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden, hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers mit auszuführen, außer wenn sein Betrieb auf derartige Leistungen nicht eingerichtet ist (§ 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/B). Der Auftraggeber hat also auch das Recht, zusätzliche Leistungen vom Auftragnehmer zu fordern, auch wenn diese vertraglich nicht vereinbart waren, sofern die vertraglichen Leistungen ohne die zusätzliche Leistung nicht vertragsgerecht erbracht werden können. 12 Ist dies zwar der Fall, kann der Auftragnehmer die Leistungen aber im eigenen Betrieb fachlich nicht ausführen, besteht diese Pflicht nicht.

#### Beispiel:

Während der Ausführung stellt sich heraus, dass die Fensteröffnung so tief gezogen ist, dass aus bauordnungsrechtlichen Gründen ein Sturzschutz vor die Fenster montiert werden muss. Der Auftraggeber will diese aus ästhetischen Gründen aus Holz ausführen lassen und fordert sein Metallbauunternehmen, das die Balkone errichtet, zur Ausführung dieser zusätzlichen Leistung auf.

In diesem Fall ist die Leistung zwar erforderlich, jedoch ist der Betrieb des Metallbauers nicht darauf eingerichtet, Holzbrüstungen herzustellen. Daher liegt keine notwendige Leistungserbringung im Sinne des § 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/B vor.

Der Auftragnehmer hat, wenn er die Leistungen im Sinne des § 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/B in seinem Betrieb erbringen kann, einen zusätzlichen Vergütungsanspruch (§ 2 Nr. 6 VOB/B).

• Andere Leistungen können dem Auftragnehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden (§ 1 Nr. 4 Satz 2 VOB/B). Ist also eine zusätzliche Leistung nicht erforderlich oder ist der Betrieb des Auftragnehmers hierauf nicht eingerichtet, muss der Auftragnehmer der Aufforderung nicht folgen und braucht die zusätzliche Leistung nicht auszuführen. Er kann vielmehr auf einer neuen Vereinbarung hinsichtlich der Ausführung und Preise bestehen und ist insbesondere nicht an seine Preisermittlungsgrundlagen gebunden. <sup>13</sup> § 2 Nr. 6 VOB/B ist hierbei also nicht anwendbar. Vielmehr schuldet der Auftraggeber, sofern keine Vereinbarung über die Vergütungshöhe zustande kommt, für diese zusätzliche Leistung gemäß § 632 Abs. 2 BGB die ortsübliche Vergütung.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> BGH BauR 2002, 935 = IBR 2002, 231 (Putzier)

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Franke/Kemper/Zanner/Grünhagen, B § 1 Rdnr. 67; Heiermann/Riedl/Rusam, B § 1 Rdnr. 124 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Franke/Kemper/Zanner/Grünhagen, B § 1 Rdnr. 74

# 1.7 Vertragsarten

#### 1.7.1 Übersicht

Ausgehend von § 2 Nr. 2 VOB/B wird in der Bauvertragspraxis zwischen Einheitspreisverträgen und Pauschal(preis)verträgen unterschieden (daneben gibt es noch die Stundenlohnverträge, in denen der gesamte Leistungsaufwand nach Zeit vergütet wird, sowie den praktisch nicht bedeutsamen Selbstkostenerstattungsvertrag). Je nach Vertragsart sind Leistung und Gegenleistung (Vergütung) daher wie folgt ausgestaltet:

	Einheitspreisvertrag	Pausch	nalvertrag
	Elilleitspreisvertrag	Detail-Pauschalvertrag	Global-Pauschalvertrag
Leistung (Leistungs-	Detailliert	Detailliert	global, d. h. funktional
beschreibung)	Einzelpositionen	Einzelpositionen	keine Positionstexte
	Leistungsinhalt, konkret bestimmt	Leistungsinhalt, konkret bestimmt	nur Leistungserfolg, kein konkreter Leis- tungsinhalt bestimmt
Vergütung	nach tatsächlich er- brachter Menge	Pauschale	Pauschale
	Mengenermittlung durch Aufmaß	erbrachte Menge unmaßgeblich	erbrachte Menge und konkret erbrachte Leis- tung unmaßgeblich, so- lange Erfolg erzielt wird
	festgestellte Menge Einheitspreis = Vergü- tung für die jeweilige Position		gg o. <b>_</b>

# 1.7.2 Einheitspreisvertrag

Im Einheitspreisvertrag ist die Leistung sehr detailliert beschrieben, indem die jeweiligen Einzelleistungen in einzelne Positionen aufgegliedert und diese Einzelpositionen im Leistungsverzeichnis textlich beschrieben werden. Unter Berücksichtigung der Vorbemerkungen kann also die auszuführende Leistung (Bau-Soll) konkret bestimmt werden.

Das Leistungsverzeichnis enthält außerdem eine bei Vertragsschluss erwartete Mengenangabe (den so genannten Mengenvordersatz). Da die zu erbringende Menge Einfluss auf die Höhe des Einheitspreises hat, sind diese Angaben notwendig, damit der Auftragnehmer einen der zu erbringenden Vertragsleistung entsprechenden Einheitspreis anbieten und vereinbaren kann.

Durch die Multiplikation von Mengenvordersatz und Einheitspreis ergibt sich die bei Vertragsschluss angenommene Vergütung für die jeweilige Position und aufsummiert der Vertragspreis. Dieser ist aber nur ein vorläufiger Preis, da die vom Auftragnehmer zu beanspruchende Vergütung erst nach Leistungserbringung ermittelt werden soll: Durch Aufmaß ist die vom Auftragnehmer tatsächlich erbrachte Menge festzustellen. Diese festgestellte Menge ist mit

dem Einheitspreis zu multiplizieren. Das Ergebnis hieraus stellt die Vergütung für jede Position dar und die Summe aller Positionen den vom Auftragnehmer insgesamt zu verlangenden Werklohn.

#### 1.7.3 Pauschalvertrag

Grundsatz des Pauschalvertrages ist zunächst, dass er unabhängig von der tatsächlich erbrachten Leistung eine Pauschalvergütung vorsieht (§ 2 Nr. 7 Abs. 1 Satz 1 VOB/B). Die Parteien entfernen sich also von der tatsächlich erbrachten Leistung und wollen diese auch nicht mehr nach der Leistungserbringung durch Aufmaß feststellen, sondern sind sich von vornherein darüber einig, dass unabhängig von den erbrachten Mengen eine bestimmte Pauschale in Form eines festgelegten Betrages zu vergüten ist.

Je nachdem, wie konkret die Leistung beschrieben ist, wird beim Pauschalvertrag zwischen dem Detail-Pauschalvertrag und dem Global-Pauschalvertrag unterschieden:

- Beim *Detail-Pauschalvertrag* existiert eine detaillierte Leistungsbeschreibung, so dass der Leistungsinhalt konkret bestimmt ist. Hier kann ähnlich wie beim Einheitspreisvertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde liegen, nur wird in diesem Fall die sich hieraus ergebene Gesamtvergütung am Ende von beiden Parteien pauschaliert. Für die detailliert beschriebenen Leistungen ist dann die Pauschale verdient, unabhängig davon, welche konkrete Menge zur Leistungserbringung notwendig war. Nachträgliche Eingriffe des Bauherrn führen in der Regel da sie das detailliert beschriebene Bau-Soll ändern oder erweitern nach der Verweisung in § 2 Nr. 7 Abs. 2 VOB/B (2006) ebenso wie beim Einheitspreisvertrag zu Nachtragsforderungen des Auftragnehmers (siehe Abschnitte 2.6 und 2.7).
- Beim Global-Pauschalvertrag hingegen ist die Leistung nur funktional beschrieben, also lediglich nach dem Leistungserfolg, der geschuldet ist. Der konkrete Inhalt der Leistung ist nicht bezeichnet, sondern liegt im Ermessen des Auftragnehmers. Die vertraglich vereinbarte Pauschale kann vom Auftragnehmer verlangt werden, auch wenn er unabhängig von der erbrachten Menge, aber auch von der tatsächlich von ihm erbrachten Leistung den vertraglich vereinbarten Erfolg erzielt hat, also das geschuldete Werk fertig gestellt wurde. Nachtragsforderungen sind in diesen Fällen nur ausnahmsweise berechtigt, wenn der Auftraggeber nachträglich das Leistungssoll verändert.

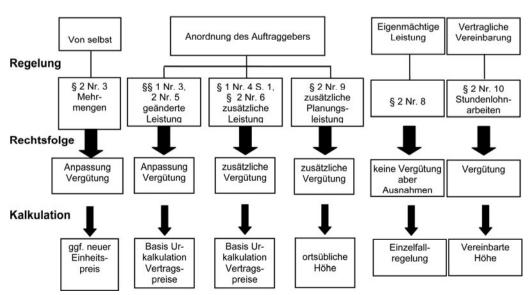
# 2 Ansprüche auf Vergütungsanpassung (§ 2 VOB/B)

In der Baupraxis werden Ansprüche auf Vergütungsanpassung häufig als "Nachträge" bezeichnet. Dies ist kein Rechtsbegriff, gemeint sind aber regelmäßig alle Mehrforderungen, also sowohl die Mehrvergütungsansprüche aus § 2 VOB/B als auch Schadensersatzforderungen nach § 6 Nr. 6 VOB/B bzw. Entschädigungsansprüche gemäß § 642 BGB. Da es sich hierbei um völlig unterschiedliche Anspruchsgrundlagen handelt, die jeweils an andere tatbestandliche Voraussetzungen geknüpft sind, ist für eine schlüssige Darstellung von Mehrforderungen eine genaue Differenzierung zwischen den einzelnen Ansprüchen erforderlich. In diesem Kapitel werden die Mehrvergütungsansprüche, also alle Ansprüche auf Vergütungsanpassung aus § 2 VOB/B behandelt (zu Schadensersatz nach § 6 Nr. 6 siehe Abschnitt 4.6; zu Entschädigung gemäß § 642 BGB siehe Abschnitt 4.7).

Spätere, d.h. sich nach Vertragsschluss ergebende Änderungen und Erweiterungen des Leistungsinhalts sind in § 2 Nr. 3 bis Nr. 10 VOB/B im Einzelnen geregelt. Je nachdem, ob der Auftraggeber in den Bauablauf eingreift oder sich die Änderungen von selbst ergeben, lässt sich folgende Unterscheidung vornehmen:

# 2.1 Überblick über die Mehrvergütungsansprüche gemäß § 2 VOB/B

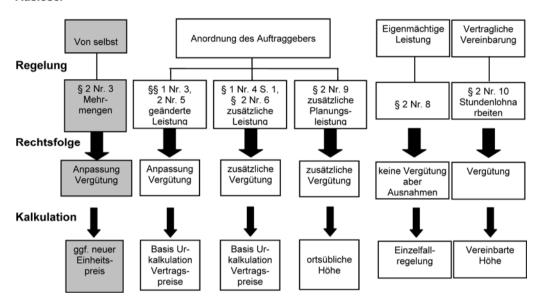
#### Auslöser



# 2.2 Ansprüche auf Vergütungsanpassung bei Mengenänderungen (§ 2 Nr. 3 VOB/B)

#### 2.2.1 Überblick

#### Auslöser



### 2.2.2 Mengenänderungen beim Einheitsvertrag

Weicht die ausgeführte Menge der unter einem Einheitspreis erfassten Leistung oder Teilleistung um nicht mehr als zehn von Hundert von dem im Vertrag vorgesehenen Umfang ab, so gilt der vertragliche Einheitspreis (§ 2 Nr. 3 Abs. 1 VOB/B).

Beim Einheitspreisvertrag werden Mehr- oder Mindermengen, die nicht über 10 % der bei Vertragsschluss vorausgesetzten Mengen (Mengenvordersätze im Leistungsverzeichnis) hinausgehen, nach den vertraglichen Positionspreisen im Leistungsverzeichnis abgerechnet. Daraus ergibt sich ein Toleranzrahmen zwischen 90 und 110 % des vertraglichen Mengenvordersatzes. Erst darüber hinausgehende Mengenänderungen führen zu einer Veränderung des Einheitspreises. Dabei bleibt maßgeblich, dass der Auftraggeber nicht in den Bauablauf eingegriffen hat. Hat er den Plan geändert oder zusätzliche Leistungen verlangt und ändert sich dadurch die vom Auftragnehmer erbrachte Menge, so ist nicht § 2 Nr. 3 VOB/B einschlägig, sondern § 2 Nr. 5 und 6 VOB/B.

Bei über 10 % hinausgehenden Mengenabweichungen können sowohl der Auftraggeber als auch der Auftragnehmer verlangen, dass der Einheitspreis geändert wird. <sup>14</sup> Bei Mengenabweichungen nach unten, also weniger als 90 % der vertraglich vereinbarten Leistung, erhöht sich

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Vgl. OLG Koblenz IBR 2008, 560

der Einheitspreis (§ 2 Nr. 3 Abs. 3 VOB/B). Bei Mengenabweichungen nach oben, also über 110 % hinaus, ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- oder Minderkosten zu vereinbaren (§ 2 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B). Dieser kann höher oder niedriger als der ursprünglich vereinbarte Vertragspreis sein, wobei der höhere oder niedrigere Einheitspreis jedoch nur für die über die 110 % hinausgehenden Mengen gilt. Die erbrachte Menge bis 110 % des Mengenvordersatzes im vertraglichen Leistungsverzeichnis wird also nach den ursprünglichen Vertragspreisen abgerechnet.

#### 2.2.3 Mengenänderungen beim Pauschalvertrag

Beim Pauschalvertrag bleiben Mengenänderungen grundsätzlich unberücksichtigt. Eine Ausnahme sieht lediglich § 2 Nr. 7 Satz 2 VOB/B vor: Weicht jedoch die ausgeführte Leistung von der vertraglich vorgesehenen Leistung so erheblich ab, dass ein Festhalten an der Pauschalsumme nicht zumutbar ist (§ 313 BGB), so ist auf Verlangen ein Ausgleich unter Berücksichtigung der Mehr- oder Minderkosten zu gewähren.

Wann eine erhebliche Mengenabweichung vorliegt, die den Auftragnehmer bei weitgehenden Mengenüberschreitungen oder den Auftraggeber bei eklatanten Mengenunterschreitungen zur Veränderung des Pauschalpreises berechtigt, wird von der Rechtsprechung unterschiedlich beantwortet: Der Bundesgerichtshof will keine starren Prozentsätze annehmen, sondern im Einzelfall entscheiden. Dagegen setzen die Oberlandesgerichte in der Regel die Erheblichkeitsgrenze bei ca. 20 % an. Hierfür genügt jedoch nicht schon eine Abweichung von 20 % in einer detailliert beschriebenen Position oder in einem Gewerk, sondern die Mengenabweichung muss einen Wert von ca. 20 % des Gesamtpauschalpreises ausmachen.

<sup>15</sup> BGH BauR 2004, 488

OLG Stuttgart, IBR 2000, 593 (Schulze-Hagen); OLG Hamm, BauR 1998, 132; OLG Düsseldorf, BauR 1995, 286

OLG Düsseldorf, BauR 2001, 803; Franke/Kemper/Zanner/Grünhagen, B § 2 Rdnr. 173